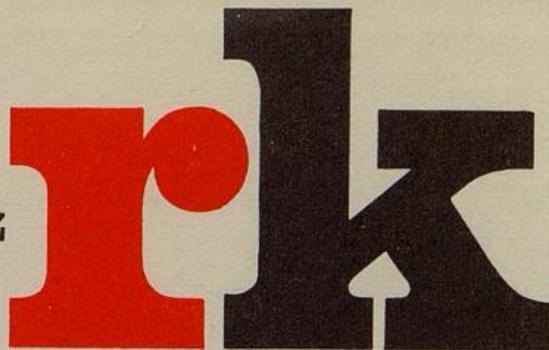


# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 30. Juni 1983

Blatt 1825

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS  
ausgesendet:  
(grau)

Satrapa neuer Kontrollamtsdirektor

Kommunal:  
(rosa)

"Wien 2000" - Ausstellung im Sommer geschlossen  
Wiener Gemeinderat  
Rechnungsabschlußdebatte: Zusammenfassung

Lokal:  
(orange)

Verkehrsbetriebe Staatsmeister in  
Schwarz-Weiß-Fotografie  
Am Wochenende Handelskai wegen Bauarbeiten  
unterbrochen

Wirtschaft:  
(blau)

Die "Z" ist mit dem ersten Halbjahr 1983 zufrieden

Termine:  
(weiß)

Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur  
über FS:

29.6. Erfolglose Suche nach Selbstmörderin  
30.6. 100. Geburtstag im Pensionistenheim

.....  
Bereits am 29. Juni 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

## SATRAPA neuer Kontrollamtsdirektor

=++++

50 #Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Obersenatsrat Dr. Peter SATRAPA, der bisherige Leiter des Präsidialbüros, wurde im Wiener Gemeinderat Mittwoch abend einstimmig zum neuen Direktor des Wiener Kontrollamtes bestellt.#

Dr. Peter Satrapa wurde am 15. April 1939 in Wien geboren. Nach Abschluß der Mittelschule im Juni 1957 inskribierte Satrapa an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien.

Vom Juli 1958 bis 30. Mai 1964 war Peter Satrapa auch als Beamter in der Zentrale der Creditanstalt-Bankverein beschäftigt. Am 26. Juni 1964 wurde er zum Doktor der Rechte promoviert und trat am 1. September des gleichen Jahres in den Dienst der Stadt Wien. Zunächst im Referat 3 der Magistratsabteilung 4 und später als unmittelbarer Mitarbeiter des Gruppenleiters der Finanzverwaltung tätig, wurde er im Jänner 1971 in das Büro des amtsführenden Stadtrates für Finanzwesen und im Juli 1972 in das Büro des Magistratsdirektors berufen.

Am 1. Jänner 1976 wurde Dr. Satrapa zum Senatsrat befördert, im Mai 1978 von Bürgermeister Leopold Gratz mit der Funktion des Leiters des Präsidialbüros betraut. Am 1. Jänner 1983 wurde er jüngster Obersenatsrat der Gemeinde Wien. (Schluß) gab/ap

NNNN

## Verkehrsbetriebe Staatsmeister in Schwarz-Weiß-Fotografie

=++++

2 Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Das "gute Auge", das Bedienstete der Wiener Verkehrsbetriebe brauchen, um täglich mehr als eine Million Menschen sicher durch den Stadtverkehr zu befördern, hat ihnen kürzlich einen schönen Preis eingetragen: Bei den österreichischen Staatsmeisterschaften 1983 im Schwarz-Weiß-Fotografieren gewannen sie den ersten Platz.

Fotografierende Straßenbahner haben in Wien mehr als 60 Jahre Tradition. In den zwanziger Jahren gründeten sie auf einzelnen Dienststellen erste Fotosektionen, die sich im Laufe der Jahre ständig weiterentwickelten. Wie erfolgreich sie bis heute waren, beweist die Statistik: Bei Wiener Landesmeisterschaften errangen sie bisher 15 Titel und 35 Auszeichnungen, bei österreichischen Staatsmeisterschaften acht Titel, zwölf Goldmedaillen, elf Silbermedaillen und 25 Bronzemedaillen.

Derzeit besteht die Fotosektion aus mehr als 400 Mitgliedern. Regelmäßig veranstalten sie Kurse, bei denen neue Erfahrungen, wissenschaftliche Erkenntnisse und Trends besprochen werden. Interessenten - auch Anfänger - werden in die Kunst der Ausarbeitung eingeweiht, denn die Fotografen der Verkehrsbetriebe entwickeln nicht nur ihre Schwarz-Weiß-Aufnahmen, sondern auch ihre Farbbilder.

"Nicht nur das", sagt Tony Leitner, Obmann der Fotogruppe im Bahnhof Rudolfsheim und Mitglied jener Mannschaft, die heuer Staatsmeister wurde. "Wir sind auch in der Lage, Schwarz-Weiß-Aufnahmen durch ein besonderes technisches Verfahren nachträglich mit Farbe zu versehen. Das gelingt so perfekt, daß Laien von diesem Vorgang überhaupt nichts bemerken."

Ausschlaggebend bei der Entscheidung der Juroren waren der Allgemeineindruck der Bilder, die Aussage, die sie enthalten, die technische Ausarbeitung und die Gestaltung. (Schluß) ull/ko

NNNN

30. Juni 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 1828

"Wien 2000"-Ausstellung im Sommer geschlossen

=+++++

6 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Ausstellung "Wien 2000" im Messepalast über die städtebauliche Entwicklung Wiens und über den Entwurf des Stadtentwicklungsplanes bleibt in den Monaten Juli und August geschlossen. Für September wird eine neue Ausstellung vorbereitet, bei der Informationen über aktuelle Arbeiten der Stadtplanung geboten werden sollen.

Die Ausstellung "Wien 2000" wurde insgesamt von 26.683 Personen besucht, darunter auch von 88 Schulklassen. (Schluß) ger/ko

NNNN

Am Wochenende Handelskai wegen Bauarbeiten unterbrochen  
Utl.: "Kafkasteg" zum rechten Donauufer wird gebaut

=++++

14 Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Wegen Bauarbeiten an einem neuen Steg vom Handelskai zum rechten Donauufer muß der Handelskai am kommenden Wochenende voraussichtlich zwischen Samstag, 7 Uhr, und Sonntag, 19 Uhr, zwischen Machstraße und Wachaustraße gesperrt werden. Die Umleitung in Fahrtrichtung stromabwärts führt über Wachaustraße, Wehlstraße Richtung Mexikoplatz und von dort weiter über Engerthstraße und Machstraße wieder zurück zum Handelskai. In der Gegenrichtung wird der Verkehr über Machstraße, Ausstellungsstraße, Vorgartenstraße, Lassallestraße und die Reichsbrückenrampe zurück zum Handelskai umgeleitet. Die Sperre am Wochenende ist wegen der Montage der Stahlbetonfertigteile notwendig.

Der sogenannte "Kafkasteg" wird einen neuen, sicheren Zugang für Fußgänger und Radfahrer zum rechten Donaudamm schaffen und damit das Naherholungsgebiet am Rechten Donauufer erschließen. Die Kosten sind mit acht Millionen Schilling veranschlagt. Der Steg beginnt in der Kafkastraße auf Höhe Wehlstraße mit einer 40 m langen Rampe, überquert den Handelskai und die Donauuferbahn und endet auf der Dammkrone des Rechten Donaudammes. Der Steg selbst ist 85 m lang. Durch Rampen wird er auch für Fußgänger mit Kinderwagen, für Behinderte und Radfahrer bequem benützlich sein. (Schluß) and/and

NNNN

Die "Z" ist mit dem ersten Halbjahr 1983 zufrieden (1)

=++++

19 #Wien, 30.6. (RK-WIRTSCHAFT) Leicht optimistisch präsentierte Donnerstag vormittag der Generaldirektor der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien, Dr. Karl VAK, das Geschäftsergebnis seines Instituts im ersten Halbjahr 1983. Die Bilanzsumme des Unternehmens erhöhte sich von Ende 1982 bis Ende Juni 1983 um rund 3 Prozent auf mehr als 135 Milliarden Schilling. Bei den Spareinlagen ergab sich von Jänner bis Juni eine geringfügige Verbesserung, wobei vor allem die günstige Entwicklung im zweiten Quartal bemerkenswert ist. Die Spareinlagen erreichten zur Jahresmitte eine Höhe von knapp 56 Milliarden Schilling. Die Einlagen aus dem kommerziellen Bereich stiegen im ersten Halbjahr um 8,3 Prozent auf rund 14 Milliarden Schilling. Im Vergleichszeitraum des Vorjahrs war noch ein Rückgang von 7,4 Prozent zu verzeichnen.#

Im Kreditgeschäft herrscht nach wie vor eine starke Nachfrage der öffentlichen Hand. Die Nachfrage nach Privatkrediten hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verstärkt. Die kommerziellen Kredite lagen im ersten Halbjahr nur geringfügig über den Vorjahrswerten, doch nehmen seit April Industrie, Gewerbe und Handel in erhöhtem Ausmaß Kredite in Anspruch. Gut kamen die von der "Z" angebotenen Sonderkreditaktionen an. Generaldirektor Vak hält eine weitere Senkung der Kreditzinsen durchaus für möglich. Die noch immer ungenügende Nachfrage nach Krediten könne auf das Zinsniveau drücken. Außerdem weise eine relativ hohe Realverzinsung bei unserer geringen Inflationsrate auf eine solche Möglichkeit hin.

Der Generaldirektor der "Z" begründete seinen Optimismus für die künftige Wirtschaftsentwicklung mit einer gewissen "Ärmelaufkrempel-Haltung", die bei den Unternehmern in Österreich, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen sei.  
(Forts.) sc/gg

NNNN

Die "Z" ist mit dem ersten Halbjahr 1983 zufrieden (2)

=++++

20 #Wien, 30.6. (RK-WIRTSCHAFT) Diese Stimmung wirke sich positiv auf die notwendige Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft aus und könne zu einer Belebung der Konjunktur führen.

Das internationale Geschäft hat bei der "Z" einen Anteil von etwa 20 Prozent. Hier wird das Unternehmen auch weiterhin vorsichtig agieren. Viel verspricht man sich von der vor kurzem gegründeten Repräsentanz in Tokio, wo bereits interessante Gespräche laufen.

(Schluß) sc/gg

NNNN

## Rechnungsabschlußdebatte: Zusammenfassung (1)

=++++

25 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Heute Donnerstag ging die über vier Tage dauernde Rechnungsabschlußdebatte im Wiener Rathaus um 14 Uhr zu Ende. Donnerstag vormittag wurde der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke debattiert, er wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. In den letzten vier Tagen diskutierte der Gemeinderat fast 37 Stunden lang, es gab 107 Wortmeldungen. Die SPÖ stellte 56 Redner, die ÖVP 42 und die FPÖ 9. Von den am 24. April neu gewählten Gemeinderäten gingen während der Rechnungsabschlußdebatte 16 Gemeinderäte zum erstenmal an das Rednerpult, 10 von der SPÖ und 6 von der ÖVP.

Um 9 Uhr leitete Stadtrat Johann HATZL (SPÖ) die Debatte zum Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke ein. Hatzl betonte, daß die Wiener Stadtwerke zum erstenmal seit 10 Jahren ein positives Ergebnis von 73 Millionen erzielen konnten.

Als Ursachen des positiven Abschneidens bezeichnete Hatzl die geglückte Tarifregulierung und Rationalisierungsmaßnahmen. Die Ausweitung, Vereinfachung und Verbilligung der Netzkarten waren ein Erfolg. Mit Jahresende 1982 haben 54.000 Kunden der Verkehrsbetriebe davon Gebrauch gemacht. 88 Prozent der Straßenbahnlinien und 99 Prozent der Autobuslinien sind bereits auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt. Dazu Hatzl: "Ein Mehr an Rationalisierung ist kaum möglich".

Für die ÖVP kritisierte Gemeinderat Ing. Otto KREINER, daß die Gewinne der E-Werke zur Finanzierung der anderen Teilbetriebe der Stadtwerke herangezogen werden. Damit wird die Selbstfinanzierung der E-Werke geschwächt. Letzten Endes muß der Verbrauch, so Kreiner, über hohe Preise diese Politik bezahlen. (Forts.) sei/ko

NNNN

## Rechnungsabschlußdebatte: Zusammenfassung (2)

=++++

26 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) FPÖ-Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ meinte auch, man sollte bei den Stadtwerken so budgetieren, daß alle Teilbereiche der Stadtwerke kostendeckend geführt werden können. Einzige Ausnahme sollen die Verkehrsbetriebe sein, deren Defizit aber so gering wie möglich gehalten werden müßte. Positiv vermerkte Pawkowicz, daß es keinerlei Schwierigkeiten bei der Anlieferung und Verteilung des Gases gegeben habe.

Für die SPÖ betonte Gemeinderat Maria KUHN, die Stadtwerke haben ihre Aufgabe, die Stadt mit Energie zu versorgen, hundertprozentig erfüllt. Der Anschluß der Heizbetriebe an die Stadtwerke, der noch heute Donnerstag, vom Gemeinderat beschlossen werden soll, ist ein großer Schritt zur Verwirklichung des Energiekonzeptes.

Der Wiener Gemeinderat wird heute nachmittag noch den Kontrollamtsbericht debattieren. Im Anschluß folgt ein "normaler Gemeinderat" mit 97 Geschäftsstücken. (Schluß) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

3 Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) nahm der Gemeinderat am Donnerstag um 9 Uhr die Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 auf.

StR. HATZL (SPö) hob hervor, daß zum erstenmal seit zehn Jahren bei den Stadtwerken ein positives Ergebnis - von 73 Millionen - erzielt werden konnte. Gleichzeitig mußte ein ursprünglich geplanter Kredit nicht aufgenommen werden, und eine Reduktion der Entlastungen durch die Hoheitsverwaltung war möglich. Die Ursachen des Erfolges liegen bei der geglückten Tarifregulierung und den erfolgreichen Rationalisierungsmaßnahmen. Die Ausweitung, Vereinfachung und Verbilligung der Netzkarten war ein Erfolg: mit Jahresende 1982 haben 54.000 Kunden davon Gebrauch gemacht. Im Fahrbetrieb sind 88 Prozent der Straßenbahnlinien und 99 Prozent der Autobuslinien auf schaffnerlosen Betrieb umgestellt. "Ein Mehr an Rationalisierung auf Personalebene ist kaum möglich."

Bei der Energieversorgung wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Sie ist dadurch sichergestellt. Die heimische Wasserkraft wird verstärkt genutzt. Das führt zu einer Veränderung von Erdöl und Erdgas und ist umweltfreundlich. Die Kraft-Wärme-Kupplungsanlage im E-Werk Simmering konnte fast 680.000 Megawattstunden an die Heizbetriebe abgeben, das bedeutet eine Einsparung von 34.000 Tonnen Heizöl. Damit wurde auch eine Verbesserung der Zahlungsbilanz durch Verringerung der Energieimporte und ein Rückgang der Schwefeldioxidemissionen erreicht - ein Beitrag zum Umweltschutz. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist auch künftig mit einem jährlichen Wachstum des Strombedarfes von 2,5 Prozent zu rechnen. Die Voraussetzungen zur Sicherung des Energiebedarfes unter Beachtung der Umweltschutzbedingungen wurden geschaffen. (Forts.)  
fk/ap

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

4 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Erdgasversorgung ist gesichert, die Sanierung des Gasrohrnetzes konnte ein Jahr früher als geplant abgeschlossen werden. Zum Unterschied zu anderen Gasversorgungsunternehmen hat Wien auf eine Tarifierhöhung verzichtet.

Künftig werde ich die politische Verantwortung für die Heizbetriebe tragen. Die Verwaltung mit den Wiener Stadtwerken ermöglicht eine sinnvolle Konzeption der Energiepolitik. Die Fernwärme ist umweltfreundlich, kundenfreundlich und investitionsfreudig, sagte Hatzl.

Die Hauptaufgaben sind künftig die weitere Sicherung der Energieversorgung, mehr Bezug von Verbundstrom, Beteiligung an den Donaukraftwerken und vermehrte Wärmeabgabe durch Kraftwerke. Optimale Entschwefelungsanlagen für künftige Kraftwerke werden dazu führen, daß im Interesse der Bevölkerung die Schwefeldioxidemissionen gesenkt werden.

Im öffentlichen Verkehr werden die Beschleunigungsmaßnahmen fortgesetzt, der Wagenpark wird weiter modernisiert, der Kundendienst ausgebaut und die Verdichtung und Ausdehnung des Liniennetzes zügig betrieben. Wichtig wird 1984 die Realisierung des Verkehrsverbundes der Region Ost. Noch heuer soll mit dem Bau der neuen U-Bahn-Linien begonnen werden.

StR. Hatzl sprach der Bevölkerung seinen Dank für das Verständnis, für die Finanzierung und für die Anerkennung der öffentlichen Verkehrsmittel und der Energieträger aus. (Forts.)

fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

5 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) verwies darauf, daß die Preisgestaltung bei der Wiener Energieversorgung von den Einstandspreisen auf dem Rohenergiemarkt abhängig sei. Die Beruhigung auf dem internationalen Markt habe sich im Vorjahr in Österreich nicht ausgewirkt, hier seien die Rohenergiepreise um 34,5 Prozent gestiegen.

Als sehr positiv vermerkte Pawkowicz die Tatsache, daß es keinerlei Schwierigkeiten bei der Anlieferung und Verteilung des Gases gegeben habe und daß die Rohrnetzsanierung ein Jahr früher als vorgesehen abgeschlossen werden konnte. Man solle in Zukunft aber versuchen, so zu budgetieren, daß alle Teilbereiche der Stadtwerke kostendeckend geführt werden können. Der Jahresgewinn der E-Werke im Berichtsjahr von 357,2 Millionen Schilling mußte den Wiener Gaswerken zufließen. Zu den Verkehrsbetrieben sagte Pawkowicz, es sei klar, daß sie nicht kostendeckend arbeiten können, man sollte das Defizit aber so gering wie möglich halten. Dazu müßten die öffentlichen Verkehrsmittel so attraktiv wie möglich gemacht werden. In diesem Zusammenhang forderte Pawkowicz die Einführung der Schülerfreifahrt, die seiner Meinung nach das Budget nicht wesentlich belasten würde.

Die Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes bezeichnete Pawkowicz als wesentlichen Schritt zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel. Das Grundnetz sollte aber möglichst bald zu den Siedlungen am Stadtrand erweitert werden. Außerdem sollte den Beschleunigungsmaßnahmen im Straßenbahnnetz besonderes Augenmerk geschenkt werden. Als Beispiele führte Pawkowicz die Linie "D" und "71" an. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

7 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. KREINER (ÖVP) sagte, die SPÖ versuche, durch Nichtvorlage der Rechnungsabschlüsse der Teilbetriebe der Wiener Stadtwerke die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern. Das gelte für alle Teilbetriebe, wobei jeweils andere Verrechnungskriterien verwendet werden, um das gewünschte Ergebnis zu erhalten. Die Verschleierungstaktik gelte auch für den vorgelegten Rechnungserfolg der gesamten Stadtwerke, wo etwa der Schuldenstand des Unternehmens verschwiegen werde.

Zu den E-Werken sagte Kreiner, daß die Gewinne aus diesem Unternehmen anderen Teilbetrieben zugeschlagen werden, was wieder eine mangelnde Selbstfinanzierung der E-Werke zur Folge hat. Aus dieser Politik resultierten hohe Preise für den Verbraucher und die Tatsache, daß keine Vorsorge für einen neuen notwendigen Kraftwerksblock getroffen sei.

Die Gaswerke werden durch die Fremdkapitalzinsenbelastung für die Verkehrsbetriebe künstlich in der Verlustzone gehalten, sagte Kreiner, während die Verkehrsbetriebe einen Entschuldungsbeschluß als Gewinn verbuchen dürfen. Bei den Verkehrsbetrieben stehen im übrigen einem Betriebskostenzuschuß durch die Hoheitsverwaltung in der Höhe von 1381 Millionen Schilling Sozialtarife in der Höhe von 1138 Millionen gegenüber. Das widerspricht dem Grundsatz, Unternehmen der Stadt Wien nach wirtschaftlichen Kriterien zu führen.

Zu den Heizbetrieben sagte Kreiner, daß diese nicht, wie es wirtschaftlich sinnvoll wäre, in die Energiebetriebe der Stadtwerke eingegliedert wurden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

8 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihre Aufgabe, die Stadt mit Energie zu versorgen, hundertprozentig erfüllt, sagte GR. Maria KUHN (SPö). Mit dem Anschluß der Heizbetriebe an die Stadtwerke in Form eines Betreuungsvertrages wird noch in der heutigen Sitzung des Gemeinderates ein großer Schritt zur Verwirklichung des Energiekonzepts getan.

Die Gaswerke verzeichneten im vergangenen Jahr einen Verlust von 285 Millionen Schilling, der sich vor allem dadurch ergab, daß ihnen seitens der Preisbehörde zuletzt im Februar 1980 eine Vollkostenrechnung bei der damaligen Tarifregelung abgegolten wurde. Außer den Gaseinstandspreisen sind im derzeitigen Tarif alle seither eingetretenen Kostensteigerungen unberücksichtigt.

1982 wurden mit einem Kostenaufwand von 38,8 Millionen Schilling rund 21 Kilometer Rohrleitungen neu verlegt. Insgesamt wurden für Investitionen von den Gaswerken 128,5 Millionen aufgewendet. Das 1979 begonnene Programm zur Sanierung des Rohrnetzes wurde 1982, ein Jahr früher als geplant, abgeschlossen.

Seit dem Wegfall der Notwendigkeit von Akontozahlungen bei der Bestellung von Zuleitungsreparaturen Anfang 1982 hat sich der Anteil der Geschäftsfälle, die innerhalb von drei Tagen erledigt werden konnten, von 64 auf 87 Prozent erhöht. Diese Erleichterung für die Bevölkerung war für die Gaswerke 1982 mit einem Zinsenaufwand von 600.000 Schilling verbunden.

Der Hausdienst der Gaswerke führte im vergangenen Jahr 82.000 Funktionsüberprüfungen durch, wobei der Schwerpunkt aus Sicherheitsgründen bei der Überprüfung von Fünf-Liter-Wasserheizern ohne Abgasanlage lag. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

9 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) 1982 wurden etwa 16.000 Abnehmer - das sind 2,1 Prozent - wegen Zahlungsverzugs abgeschaltet, der überwiegende Teil allerdings während des Jahres wieder eingeschaltet. Zum Jahresende 1982 waren rund 500 Gasanlagen abgeschaltet. Bezogen auf die Gesamtzahl der Abnehmer - rund 760.000 - ist eine verschwindend kleine Zahl. Bei den Heizbetrieben betrug der Anteil der unbeglichenen Rechnungen 15,6 Millionen Schilling bzw. 1,45 Prozent, war also ebenfalls äußerst gering. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

10 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Seit der Vorlage des Energiekonzeptes im Jahr 1978 haben sich wesentliche Entwicklungen und Änderungen auf dem Energiesektor ergeben, sage GR. HAUBENBURGER (ÖVP). Diesen Entwicklungen müsse Rechnung getragen werden. Leider seien konstruktive Vorschläge der Volkspartei zur Energiepolitik nur teilweise angenommen worden. Viel Zeit sei versäumt worden, das Energiekonzept zu realisieren. Primäre Aufgabe der Wiener Stadtwerke und des zuständigen Stadtrates sei die Sicherung der Energieversorgung und die Garantie für ein preiswürdiges und wettbewerbsfähiges Energieangebot.

Um die Stromversorgung für das nächste Jahrzehnt sicherzustellen, müßte auch die Frage des Standorts des neuen Blockkraftwerkes und der Donau-Kraftwerksstufe Wien endgültig geklärt werden. Zur Preissituation betonte der Redner, daß eine Budgetsanierung der Stadtwerke über die Energiepreise abzulehnen sei. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer hatte die sozial Schwachen getroffen, während sie für die Betriebe nur ein Durchlaufposten sei. Der Gewerbetarif dagegen sei eine Belastung für die Wiener Wirtschaft.

GR. Haubenburger betonte die Auslandsabhängigkeit bei Erdgas, besonders von der Sowjetunion. Als positiv wertete er, daß die Heizbetriebe Wien zum Verantwortungsbereich von StR. Hatzl gekommen sind, bedauerte aber, daß der Gemeinderat und der zuständige Ausschuß keine Kontrollmöglichkeit über die HBW besäßen. (Forts.)  
fk/ko

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

11 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) stellte fest, daß eine gesicherte Energieversorgung zu den wesentlichen Voraussetzungen der modernen Zivilisation gehöre. Diese sei in Wien durch die vorausschauende und verantwortungsvolle Energiepolitik der Stadt Wien gewährleistet. Man dürfe die Wiener Energieversorgung jedoch nicht als Einzelproblem sehen, sie sei abhängig vom Weltmarkt. Der rückgängige Energieverbrauch des Vorjahres sei auf den zunehmenden Sparwillen der Bevölkerung sowie auf die konjunkturelle Situation zurückzuführen.

Die erfolgte Fortschreibung des Wiener Energiekonzeptes habe im wesentlichen folgende Ziele: Die Sicherung einer ausreichenden, umweltfreundlichen und effizienten Energieversorgung, die rationelle Nutzung der vorhandenen Energie, die Substitution der Mineralölenergeträger - vor allem durch leitungsgebundene Energieträger - sowie den Ausbau der Vorsorgemaßnahmen zur Überwindung von Versorgungsstörungen.

Für die nächsten 10 Jahre sind im Rahmen des Energiekonzeptes Investitionen in der Höhe von 29 Milliarden Schilling vorgesehen. In diesem Zeitraum soll der Anteil der leitungsgebundenen Energie von derzeit 45 auf 68 Prozent steigen. Das bedeute eine Kostenersparnis von 700 Millionen Schilling im Jahr, sowie einen Rückgang der Schwefeldioxidemissionen auf ein Drittel des gegenwärtigen Standes.

Die wirtschaftliche Gesamtsituation der Stadtwerke hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verbessert, sagte GR. Eder. Eine Anpassung der Tarife sei notwendig, um auch in Zukunft die notwendigen Investitionen zu garantieren. Kürzlich wurde im von der ÖVP regierten Bundesland Tirol der Strompreis um 8 Prozent erhöht, er verstehe daher nicht, sagte GR. Eder, warum die Wiener ÖVP ein Einfrieren der Tarife verlange. Eder forderte die Opposition auch auf, sich bei ihren Parteifreunden im Westen Österreichs für einen einheitlichen Strompreis ungeachtet der geographischen Lage einzusetzen. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

12 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (öVP) beklagte, daß die Gewinne der Wiener Versorgungsbetriebe, die er mit rund 2.500 Millionen Schilling bezifferte, für betriebsfremde Zwecke verwendet werden. Im übrigen haben die enormen Energie-Preissteigerungen Probleme für einkommensschwache Schichten und damit eine "Neue Armut" geschaffen, sagte Fürst. Nun sollten jedoch die Gewinne wenigstens zur Verbesserung der Versorgung und Entsorgung und für den Umweltschutz im Bereich der Energiebetriebe verwendet werden. Alle diese Aufgabenkreise werden jedoch vernachlässigt, sagte Fürst. Speziell auf dem Gebiet des Umweltschutzes schaffen die städtischen Kraftwerke mit ihren enormen Schwefeldioxidemissionen große Probleme. Dieses Problem ist schon lange bekannt, es wurde jedoch nichts dagegen getan. Die Stadt Wien sollte also beginnen, ihre eigenen Umweltverschmutzer zu sanieren und so einen Beitrag gegen das Sterben unseres Waldes und unserer gesamten Natur leisten. Die öVP sei bereit, schloß Fürst, dieser Sache ihre Kooperation anzubieten. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

13 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wenn man Unwahrheiten oft wiederholt, werden sie nicht wahrer, sagte GR. HIRSCH (SPÖ). Die Demagogie der öVP habe jedes Maß verloren. Die Emissionen des Kraftwerks Simmering waren vor 30 Jahren bedeutend höher als heute. Da die Kraftwerke Wiens im Osten der Stadt liegen und bei uns vorwiegend Westwind herrscht, breiten sich deren Emissionen nicht über Wien aus.

Die Tarife der E-Werke und Gaswerke werden von der paritätischen Kommission begutachtet. Es stimme einfach nicht, daß zehntausende Wienerinnen und Wiener ihre Strom- und Gasrechnung nicht bezahlen könnten. Bei den E-Werken lag der Anteil 1982 bei 0,4 Prozent.

Der Verwaltungsapparat der Stadtwerke ist nicht aufgebläht. In Wirklichkeit wurden in den letzten Jahrzehnten die Leistungen trotz erheblicher Personalreduzierungen verdreifacht.

Sind Betriebe defizitär, so behauptet die öVP, die Sozialisten können nicht wirtschaften, erzielen sie Gewinne, so wird dies ebenfalls kritisiert. Der Querverbund zwischen E-Werken, Gaswerken und Verkehrsbetrieben sowie die damit verbundene finanzielle Unterstützung der Verkehrsbetriebe besteht seit mehr als drei Jahrzehnten und wurde in der Vergangenheit auch von der öVP als richtig anerkannt. Heute versucht die öVP jedoch, einen Betrieb gegen den anderen auszuspielen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

15 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Verkehrspolitik sagte GR. Dipl.-Ing. Dr. REGLER (öVP), daß er von einer Verbilligung durch die Tarifreform, wie sie StR. HATZL sieht, nicht sprechen kann. Außerdem drohe eine Erhöhung der Bundesbahntarife, wovon auch Wien betroffen sei. Der Ausbau der Vorortelinie darf kein Torso bleiben. Die Linie müsse von Heiligenstadt über Penzing bis Meidling weitergeführt werden. Da die U 1 gegenwärtig nicht nach Süden verlängert wird, soll ein Schnellbahnast von Meidling nach Oberlaa geführt werden. Im Osten der Stadt wünscht sich GR. Regler einen Schnellbahnast bis Hirschstetten und nach Leopoldau. Er brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, im Rahmen des Ausbaues der S-Bahn auf der Vorortelinie und im Bereich der Flughafen S-Bahn im Interesse der Anrainer optimale Lärm- und Schallschutzeinrichtungen zu installieren.

Der Redner zeigt sich erfreut darüber, daß StR. Hatzl, den Baubeginn für die U 3 und U 6 noch für heuer angekündigt hat, kritisierte jedoch den zu geringen Planungsvorlauf.

GR. Regler bedauerte, die Ablehnung der Ring-Rund-Führung des "J"-Wagen. Bei der Ring-Rund-Führung der Linien "52" und "58" müsse bei der Stationsgestaltung am Ring eine Lösung gefunden werden, um Autobusparkplätze zu erhalten. In einem Antrag forderte er eine Verstärkung der Linie "58" ab Kennedy-Brücke in Richtung stadtauswärts. Offen sei auch noch die Verwirklichung der Park-and-Ride-Plätze. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

16 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) betonte, daß der saure Regen nur zu einem geringen Teil von den österreichischen Kraftwerken stammt. 83 Prozent des Schwefeldioxyds wird aus anderen Ländern importiert. Es stimme nicht, sagte Riedler, daß sich die Stadt Wien nicht um dieses Problem kümmere. 50 Prozent der in Wien verwendeten Rohenergie für die Stromerzeugung seien bereits Erdgas, was bedeute, daß die Emissionswerte schon gesunken sind. Die Wiener Kraftwerke hätten auch nicht den größten Giftausstoß Österreichs, sondern lägen eher am Ende der Statistik. Im Gegensatz zum öVP-regierten Niederösterreich, wo es nicht einmal eine Fernwärmegesellschaft gebe, wird in Wien zügig am Ausbau des Fernwärmenetzes gearbeitet.

"Wir bekennen uns dazu, daß E-Werk, Gaswerk und Verkehrsbetriebe Teilunternehmen der Wiener Stadtwerke sind. Überall in der Wirtschaft ist es üblich, daß zwischen Teilunternehmen Interessensausgleiche stattfinden", sagte Riedler zum Verlangen nach einer unabhängigen Gebarung der Unternehmen. Die Entwicklung habe gezeigt, daß der Gemeinderatsbeschluß über die Entschuldung der Verkehrsbetriebe richtig war.

Er wundere sich, sagte Riedler, daß die öVP heute nicht die Tarifreform des Jahres 1982 erwähnt habe, obwohl sie damals dagegen stimmte und sie als Rückschritt in der Stadtpolitik bezeichnet habe. Der Fahrgastzuwachs der Verkehrsbetriebe um 18,6 Prozent im Vorjahr zeige, wie erfolgreich diese Tarifreform in Wirklichkeit gewesen ist. Die Jahresnetzkarten sind im Vorjahr auf 55.000 angestiegen, im Mai dieses Jahres waren es bereits mehr als 60.000.

Zur Otto-Wagner-Brücke stellte Riedler fest, es bestehe hier die Gefahr einer eminenten Verzögerung beim Bau der U 6, falls es nicht zu einer raschen Entscheidung kommt. Der Wettbewerb habe auch für Denkmalschützer durchaus akzeptable Projekte ergeben. Es könne auch nicht im Sinne Otto Wagners sein, wenn jetzt die heutigen Architekten keine Chance zu einer modernen Lösung der Wientalüberquerung erhielten. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

21 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In einer zweiten Wortmeldung betonte StR. FÜRST (ÖVP), daß ein Großteil der Luftverschmutzung in Wien hausgemacht sei und daß so bald wie möglich mit der Sanierung der Wiener Kraftwerke begonnen werden müsse.

GR. GLÜCK (ÖVP) befaßte sich mit dem Friedhofswesen. Glück forderte ein Friedhofskonzept, durch das der Flächenbedarf der Wiener Friedhöfe gesichert und die Sanierung der ehemaligen Sperrfriedhöfe vorangetrieben werde. Im Westen Wiens sei ein neuer Friedhof notwendig.

Einem Gewinn von 1,3 Millionen bei der städtischen Bestattung steht ein Abgang von rund 23 Millionen bei den Friedhöfen gegenüber, sagte Glück. Das Defizit sei vor allem der städtischen Friedhofsgärtnerei zu verdanken. Man sollte die Möglichkeit der Sanierung der Gärtnerei überprüfen und, wenn diese nicht möglich sei, die Arbeiten an private Betriebe vergeben. Abschließend regte Glück an, die Tarifpolitik der Friedhöfe zu überdenken. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

22 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Wegen des enormen Energieverbrauchszuwachses wurden seit 1973 drei neue Kraftwerke in Betrieb genommen, sagte GR. HENGELMÜLLER (SPö). Für Umweltschutz braucht man Geld. Es wird daher die Zeit kommen, wo man in die Tarifüberlegungen auch die Umweltschutzkosten miteinbeziehen wird müssen. Die Tarifpolitik wird auch in Zukunft vernünftig, verantwortungsbewußt und sozial sein.

Hengelmüller wies darauf hin, daß in der Gesamtsumme der Zahlungsrückstände auch die Forderungen aus Konkursen und Verlassenschaften sowie an Ausländer, die Wien verlassen haben, enthalten sind.

Die Handelskammer, kritisierte Hengelmüller, fordert die Beseitigung der Schwellen für die Beschleunigung der Straßenbahn. Die Park-and-Ride Anlage in Kagran funktioniert sehr gut.

Wir begnügen uns nicht damit, um Bäume Schleifen zu wickeln, sondern pflanzen Jahr für Jahr hunderttausende Bäume, schloß Hengelmüller.

In seinem Schlußwort erklärte StR. HATZL, daß die Gesamtfriedhofsfläche in Wien schon von der Beschlußfassung über die Sperrfriedhöfe ausreichend war. Er bekannte sich dazu, die Friedhöfe so grün wie möglich zu erhalten.

Der Verkehrsverbund sei ein eher ungeliebtes Kind der Niederösterreicher. Man wird sich bemühen, ihn nun wie vorgesehen zu verwirklichen.

Auch er sei der Meinung, sagte Hatzl, daß punktuelle Beschleunigungsmaßnahmen allein nicht genügen. Wenn man die Beschleunigung ernst meint, dann sind rigorose Maßnahmen, auch in billiger Form, nötig. Generell die Beschleunigung zu verlangen und dann eine Einzelmaßnahme nach der anderen abzulehnen, sei jedenfalls zu wenig. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

23 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Frage der Tarife für Schüler über 15 Jahre während der Sommermonate müsse im Zusammenhang mit der gesamten Tarifstruktur überlegt werden, betonte Hatzl.

Es sei richtig, möglichst viele Linien an die U-Bahn heranzuführen. Mit ein Grund für die Situierung der geplanten Schleife der Linie J ist es, den Anschluß der Linie 71 an die U-Bahn zu ermöglichen.

Natürlich muß es von Zeit zu Zeit, wenn es wirtschaftlich notwendig und sozial vertretbar ist, auch zu Tarifierpassungen kommen. Ein Einfrieren der Verkehrsbetriebe-Tarife hieße letztlich, daß keine zusätzlichen Anschaffungen und Instandsetzungen möglich wären.

Hatzl bekannte sich zum finanziellen Querverbund innerhalb der Stadtwerke, den seinerzeit auch die ÖVP als richtig bezeichnet hat.

Die Fortschreibung des Energiekonzepts zeigt, daß sehr viel geleistet wurde und was in den nächsten Jahren geplant ist. Wiens Energieversorgung ist für das kommende Jahrzehnt gesichert, darüber hinaus muß aber auch für die weitere Zukunft Vorsorge getroffen werden.

Vergleiche mit ausländischen Stromtarifen sind problematisch, weil man auch die dort erfolgende Nutzung der billigen Kernenergie in Rechnung stellen muß.

Der Gewerbetarif ist zum Beispiel in Graz und Klagenfurt höher als in Wien. Hatzl kritisierte, daß die gleichen Tarife, die von der ÖVP in Wien als ungeheuerlich bezeichnet werden, in ÖVP-dominierten Gesellschaften als wirtschaftlich richtig bewertet werden. (Forts.)  
ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Rechnungsabschluß Stadtwerke

=++++

24 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Ausbau der Kraft-Wärme-Kupplung, der vermehrte Einsatz von Erdgas, der Ausbau der Fernwärme und die Errichtung eines neuen Kraftwerkes sind wesentliche Beiträge zur Verbesserung der Umwelt, sagte Hatzl. Dies setzt aber auch voraus, daß die Betriebe über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Man kann nicht zugleich mehr Investitionen und weniger Einnahmen verlangen.

Der Anteil der Fernwärme soll im Laufe des nächsten Jahrzehnts verdoppelt werden.

Die Gastarife stiegen in den letzten Jahren in Niederösterreich trotz der besseren Abnehmerstruktur mehr als in Wien, wo keine volle Abgeltung der tatsächlichen Kostensteigerungen erfolgte. Die Stadtverwaltung ging bei den Tarifierpassungen möglichst vorsichtig vor.

Er werde sich, schloß Hatzl, voll für die Sicherung der Energieversorgung und für den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs einsetzen.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1982 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die während der Debatte gestellten Beschluß- und Resolutionsanträge wurden zugewiesen. (Forts.) ger/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

27 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) präsentierte den Tätigkeitsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 1982. Zur Veranschaulichung des Berichtes strich GR Hirnschall den zusammenfassenden Bericht über die Hauptkläranlage und die Entsorgungsbetriebe Simmering heraus. Das Kontrollamt verweist darauf, daß sich beim Bau der HKA in Simmering beträchtliche Verzögerungen ergeben haben, die dazu führten, daß die Kosten von 350 Millionen auf insgesamt 858 Millionen gestiegen sind. Das Kontrollamt bemängelt weiters, daß bei der Errichtung der beiden Anlagen die zu einem klaglosen Betrieb nötige Koordination unterblieben ist. Es gab Verletzungen der Vergaberichtlinien. Nachträgliche Planänderungen haben die Herstellungskosten der maschinellen Anlage von 265 auf 436 Millionen verteuert. Derzeit ist ein Rechtsstreit anhängig. Nach Inbetriebnahme stellte sich heraus, daß die EBS den Schlamm nicht verbrennen kann. Dies führte zu Geruchsbelästigungen, zur Ableitung von Schlamm in den Donaukanal und zu einem größeren Heizölbedarf. Die Sanierung wird weitere 200 Millionen erfordern.

Bei einer Einschau des Kontrollamtes in die Sondermüllentsorgung der EBS wurden Mängel bei der Lagerung giftiger Abfallstoffe festgestellt. Der Grundwasserschutz war nicht ausreichend gewährleistet. Die Hälfte der Abfallstoffe konnte in der Anlage der EBS nicht schadlos entsorgt werden.

Das Kontrollamt hat bei der Überprüfung der Wohnhausanlage Marco Polo Kostensteigerungen von 1.120 Millionen auf 1.957 Millionen festgestellt. Nach Ansicht des Kontrollamtes entfallen rund 400 Millionen auf die Sonderausstattung, wie Terrassen, Schwimmbäder, Saunaanlagen, zentrale Müllentsorgung und Tiefgaragen. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

28 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Nach Ansicht des Kontrollamtes hätten die GESIBA und die MA 24 Weisungen der zuständigen Organe einholen müssen, ob die hohen Gestehungskosten vertreten werden können.

Zahlreiche Bemängelungen hat das Kontrollamt wegen unzureichender Ausschreibungen getroffen. So wurde mehrmals dieselbe Gruppe von Firmen zu beschränkten Ausschreibungen eingeladen.

Die Feststellung des Kontrollamtes bezüglich offener Forderungen an Verpflegskosten gegenüber den Krankenkassen hat zu zielführenden Maßnahmen des Landtages geführt.

GR. HIRNSCHALL zitierte aus dem Kontrollamtsbericht die Bemängelungen bezüglich von Überstundenleistungen. So gab es bei den E-Werken Spitzenwerte von 223 Überstunden im Monat. Die Überstundenleistungen bei den Verkehrsbetrieben gewährleisteten laut Kontrollamt nicht mehr die Sicherheit im Fahrdienst. Das Kontrollamt empfiehlt Personaleinstellungen.

Der Kontrollamtsbericht enthält eine Fülle von Hinweisen, wie eine sparsame und effiziente Verwaltung möglich ist, wenn die zuständigen Organe die Nutzenweisungen daraus ziehen.

GR. HIRNSCHALL sprach allen Mitarbeitern des Kontrollamtes und auch dem früheren Leiter des Kontrollamtes, Dr. Fritz DELABRO, seinen Dank aus. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

29 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete es als Sinn des Kontrollamtsberichtes, Fehlleistungen abzustellen und für die Zukunft zu verhindern. Das wäre in manchen Fällen schnell und effizient möglich, wie zum Beispiel im Fall der Fehlbestände bei der Spitalskost, wo die MA 17 bereits reagiert habe, in anderen Fällen, wie zum Beispiel beim Wohnbauprojekt Marco-Polo-Gründe, bei der Hauptkläranlage und den EBS ginge es nicht so rasch und problemlos.

Die Arbeit des Kontrollausschusses und seines Vorsitzenden Dr. HIRNSCHALL sei in der vergangenen Legislaturperiode nie kritisiert worden und habe von allen Seiten Anerkennung gefunden, stellte Pawkowicz fest. Es sei daher für ihn unverständlich gewesen, daß bei der Wahl zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses die ÖVP-Fraktion gegen Dr. Hirnschall gestimmt habe, obwohl sie keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. Alle anderen Ausschußvorsitzenden sind einstimmig gewählt worden. Den Grund für diesen Konfrontationskurs der ÖVP könne er nur in der der rot-blauen Koalition auf Bundesebene sehen, sagte Pawkowicz. Allerdings sei auch auf Bundesebene der vergleichbare Posten des Vorsitzenden des Rechnungshofausschusses einstimmig besetzt worden.

Abschließend dankte Pawkowicz allen Gemeinderäten, die in Anerkennung seiner bisherigen Leistungen Dr. Hirnschall wiedergewählt haben und sprach seine Erwartungen einer weiterhin effizienten Arbeit des Kontrollausschusses aus. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

30 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. KRASSER (öVP) würdigte die Arbeit des Kontrollamtes, die sich auch mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht über das Geschäftsjahr 1982 als vorbildlich erweise. Krasser wies jedoch auch darauf hin, daß der auf langjähriges Betreiben der öVP installierte Kontrollausschuß wesentlich zum Funktionieren der Kontrolle in Wien beitrage. Für die Zukunft forderte Krasser eine weitere Verfeinerung des Kontrollinstrumentariums und absolute "Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit" für das Kontrollamt. Neben dem Kontrollamt selbst und dem erst nach dem Einsturz der Reichsbrücke eingeführten Sicherheitskontrollamt sei in Zukunft auch unbedingt ein Umweltkontrollamt, sozusagen das Umweltgewissen der Stadt, notwendig.

In der Folge wies Krasser darauf hin, daß der Kontrollamtsbericht häufig Mißstände aufzeige, die nicht behoben würden. Um diesen Mißstand abzustellen, habe die öVP bereits am 12. September 1980 einen entsprechenden Antrag gestellt. Krasser stellte abermals einen BESCHLUSSANTRAG, die Bestimmungen für das Kontrollamt dahingehend zu ändern, daß die vom Kontrollamt geprüften Stellen verpflichtet sind, die aufgrund des Prüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen längstens innerhalb von drei Monaten dem Kontrollamt bekanntzugeben.

Abschließend forderte Krasser, die öVP nicht vom Kontrollamtsvorsitz auszuschließen. Dieser könne kein Vorrecht der FPö sein. Der Vorsitzende könnte auf jeweils ein Jahr abwechselnd von den beiden Oppositionsparteien gestellt werden. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

31 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Kontrollausschuß wurde vor fast fünf Jahren konstituiert, sagte GR. Prof. Dr. WIESINGER (SPÖ). Bei der Wahl des Vorsitzenden und seines ersten Stellvertreters wurde deutlich, daß die Mehrheitsfraktion den Kontrollausschuß vor allem auch als Instrument der Minderheit betrachtet. Diese demokratische Grundhaltung wurde nicht immer gewürdigt, allerdings hat ein positiver Lernprozeß stattgefunden. Wir wehren uns aber dagegen, betonte Wiesinger, daß an Hand von Mängelberichten die Politik der SPÖ in Frage gestellt wird.

Wir alle müssen uns bemühen, aus Fehlern zu lernen und Mängel abzustellen, man soll jedoch nicht verallgemeinern.

Wiesinger dankte dem ausgeschiedenen Mitglied des Kontrollausschusses SCHWEDA sowie dem ehemaligen Kontrollamtsdirektor DELBARO für ihre Tätigkeit.

Es sind Methoden zu entwickeln, damit die Verwaltung unabhängig von der Kontrolle arbeiten kann, zugleich aber durch die Kontrolle dazu beigetragen wird, die Verwaltung effizienter zu machen. Wichtig ist eine zeitnahe Kontrolle.

Mit Kritik wurde im Kontrollausschuß nicht gespart. Von der Arbeit des Kontrollausschusses ging eine positive Wirkung auf die Verwaltung aus. 1.369 Berichte standen in bisher 24 Sitzungen auf der Tagesordnung. Dieser Arbeit hat sich gelohnt, denn sie hat dazu beigetragen, Mängel zu beheben und die Verwaltung zu verbessern.

Wiesinger bedauerte, daß der Vorsitzende des Kontrollausschusses nunmehr nicht mehr das Vertrauen der ÖVP hat, weil GR. Dr. HIRNSCHALL in seiner Ausschußführung keinerlei Anlaß dazu gegeben hat, ihm das Vertrauen zu entziehen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Kontrollamtsbericht

=++++

32 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) schloß sich den Ausführungen seines Vorredners, GR. WIESINGER (SPÖ), bezüglich der Notwendigkeit einer zeitnahen Kontrolle an. Auch die Anregungen von GR. Dr. KRASSER (ÖVP), in Zeitabständen zu überprüfen, ob den Feststellungen des Kontrollamtes von den betroffenen Dienststellen Rechnung getragen wird, begrüßte GR. Dr. HIRNSCHALL.

ABSTIMMUNG: Der Kontrollamtsbericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Bebauungsplan Wienerberggründe

=++++

33 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Debatte über den Kontrollamtsbericht wurde um 15 Uhr die zweite Sitzung des Wiener Gemeinderates mit der Wahl von 14 Mitgliedern der Pflegeheimkommission eröffnet.

GR. HAAS (SPö) stellte den Antrag, den Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Neilreichgasse und der Trasse der Bundesstraße A 23, einem Teil der Wienerberggründe, neu festzusetzen. Es handelt sich dabei um die innere Erschließung eines Wohngebietes, das hier aufgrund des für die Wienerberggründe bereits beschlossenen Flächenwidmungsplanes vorgesehen ist. Der Bebauungsplan sieht die Beschränkung der Wohnhäuser auf eine Höhe von vier Geschossen und den Erhalt der Grünflächen als Parkanlagen vor.

GR. ARTHOLD (öVP) wies darauf hin, daß man den Bau dieser Wohnungen schon vor einigen Jahren hätte beschließen und damit andere Grünflächen erhalten hätte können. Im Südraum Wiens gebe es mit der Verbauung der Wienerberggründe nun die Gelegenheit, eine Sanierung der Verkehrsorganisation durchzuführen, wie sie für ganz Wien nach dem Krieg versäumt wurde. So sollte man sich rechtzeitig überlegen, ob man die Verkehrsaufschließung der Wienerberggründe in einer Nord-Süd- oder West-Ost-Achse anlegen sollte. In Bezug auf die Tieflegung der Donauländebahn müßte die Bundesbahn auf städtebauliche Lösungen Rücksicht nehmen. Abschließend stellte GR. ARTHOLD fest, es wäre besser gewesen, man hätte, wie ursprünglich vorgesehen, die Draschegründe in die Planung miteinbezogen.

Die Bebauung eines 27 Hektar großen ersten Teilstückes der Wienerberggründe werde heute beschlossen, sagte GR. Ing. SVOBODA (SPö). Die Vorgangsweise bei der Planung der Wienerberggründe zeige, wie sinnvoll und verantwortungsvoll die Stadtverwaltung an die Lösung der Probleme herangegangen wäre. Eine Vielzahl von Architektenvorschlägen gewährleiste die städtebauliche Vielfalt.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)  
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Umwidmung Steinhofgründe

=++++

34 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPö) beantragte die Abänderung des Flächenwidmungsplanes für die Steinhofgründe von Bauland zu Grünland.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) erklärte, nun habe sich nach Jahren der Auseinandersetzung in dieser Frage endlich die ÖVP im Wege der direkten Demokratie durchgesetzt. Die SPö sei lange nicht bereit gewesen, die Meinung der Bürger in dieser Frage zur Kenntnis zu nehmen. In ihrem gestörten Verhältnis zur direkten Demokratie sei sogar von einem "irren Häuflein" gesprochen worden. Manchmal scheine es, als ob die SPö bis heute noch nichts dazugelernt habe. Das werfe die Frage nach der Möglichkeit der Wiederholbarkeit solcher Fälle auf. Und hier frage er sich auch, ob StR. SCHIEDER, der damals ebenfalls für die Verbauung der Steinhofgründe plädierte, in Zukunft in einem derartigen Fall sein vielzitiertes Veto-Recht gebrauchen würde. Es gelte für die SPö, in Zukunft ihre innere Einstellung im Interesse der Stadt zu ändern.

GR. Oblasser (SPö) sagte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, daß GR. Dr. Petrik hier offensichtlich eine Pflichtübung vollzogen habe, wobei er drei Irrtümern erlegen sei. Erstens seien die Steinhofgründe niemals als Grünland gewidmet gewesen, zweitens habe von den Sozialisten nie jemand von einem "irren Häuflein" gesprochen und drittens könne niemand der SPö ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie vorwerfen. Das zeige erstens die Tatsache des Volksentscheides, zweitens die prompte Reaktion auf den Volksentscheid mit der Öffnung auf den Steinhofgründe und drittens die entgeltige Festsetzung als Grünland als Willensvollzug der direkten Demokratie.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Flächenwidmung für Bohmann-Hof

=++++

35 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte eine Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Oskar-Grisseemann-Straße, Melangasse, Eipeldauerstraße, Zehdengasse und Josef-Baumann-Gasse im 21. und 22. Bezirk.

GR. DALLER (ÖVP) kritisierte, daß der Bebauungsplan im Josef-Bohmann-Hof den tatsächlichen Bauten angepaßt werden muß, das heißt, daß die Baupläne nicht mit dem Bebauungsplan übereinstimmen. Eine solche Vorgangsweise kann sich nur die Gemeinde Wien, kein privater Bauherr leisten. Der Grund für die Ablehnung der ÖVP ist allerdings ein anderer, und zwar ein beabsichtigter Zubau zu der bestehenden Konsumfiliale auf dem Alfred-Kubin-Platz auf einer gärtnerisch auszugestaltenden Fläche. Die betroffenen Anrainer haben sich wegen der Verschlechterung der Wohnqualität dagegen gewandt. Die ursprüngliche Zustimmung der ÖVP-Bezirksräte begründete Daller damit, daß die Zeit zur Prüfung des umfangreichen Entwurfes sehr kurz war.

GR. FREINBERGER (SPÖ) erklärte, daß die Konsumfiliale im Bohmann-Hof wegen der zahlreichen neuen Wohnungen, die in den letzten Jahren in der Umgebung gebaut wurden, zu klein geworden ist. Auch die ÖVP war der Meinung, daß die Filiale vergrößert werden soll, und stimmte dem Entwurf in der Bezirksvertretung auch zu. Erst nach einem Besuch von Vizebürgermeister Dr. BUSEK in der Donaustadt habe sie plötzlich ihre Meinung geändert. Innerhalb von drei Tagen, so Freinberger, wurden unter den Kunden der Filiale 527 Unterschriften für eine Erweiterung gesammelt. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Flächenwidmung für Bohmann-Hof

=++++

36 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Peter MAYR (ÖVP) bezeichnete es als Mangel, daß die Bezirksvertretung zu den Flächenwidmungsentwürfen vor der öffentlichen Auflage Stellung nehmen müsse, da die Interessen der Betroffenen oft erst bei dieser Einsichtnahme zum Tragen kommen. Die SPÖ-Bezirksmandatäre erhalten seitens der MA 21 einen wesentlichen Informationsvorsprung.

In seinem Schlußwort bezeichnete GR. OBLASSER die Wortmeldung von GR. Dr. Mayr als einen Entlastungsangriff zugunsten der ÖVP-Bezirksräte der Donaustadt. Sachlich habe GR. Freinberger die ÖVP-Einwände bereits widerlegt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.)  
ger/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Pensionistenheim Neubau

=++++

37 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte die Bestellung eines Baurechtes in der Schottenfeldgasse zur Errichtung eines Pensionistenheimes. Das Grundstück hat ein Ausmaß von rund 4.700 Quadratmeter.

Namens der Volkspartei stimmte GR. CZERNY (ÖVP) der Baurechtsbestellung zu. Es ist dies der erste Schritt zur Verwirklichung des Pensionistenheimes. Der Redner verwies darauf, daß der 7. Bezirk erneuerungsbedürftig sei und daß dieses Pensionistenheim älteren und sozial schwächeren Mitbürgern eine Chance biete, ihren Lebensabend in gewohnter Umgebung zu verbringen. Im Bezirk fehlen Grünflächen, daher werden dringend eine Grünfläche und Spielplätze benötigt. Der Redner stellte den ANTRAG, die Gemeinde möge im 7. Bezirk Grundflächen zur Schaffung von Grünflächen ankaufen oder zur Verfügung stellen.

GR. BROSCHE (SPÖ) zeigte sich erfreut über die Zustimmung der ÖVP zum Bau des Pensionistenheimes. Er wundere sich aber, daß die Bezirksvertretung der Bausperre für das Kuriergelände die Zustimmung verweigert habe, andererseits ständig neue Grundflächen fordert.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) betonte, daß eine Lösung zur Schaffung einer Grünfläche gefunden werden müsse. Die Innenhofbegrünung auf privater Basis funktioniere zwar, es gebe aber keinen Sport- und Spielplatz.

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) bezeichnete als eines der wichtigsten Aufgaben seines Ressorts, sich um die Probleme der Wohnumgebung zu kümmern, er wehre sich aber dagegen, daß aus parteitaktischen Gründen gegen Bauwerke Demonstrationen veranstaltet werden. Er trete nach wie vor für eine objektive Vergabe der Wohnbauförderungsmittel ein. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Pensionistenheim Neubau

=++++

38 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort beantragte GR. Ing. SVOBODA die Zustimmung zum Geschäftsstück und empfahl die Zuweisung des Antrages.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. Der Antrag wurde einstimmig zugewiesen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Grundstückstransaktion für den Bau der U 6

++++

39 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte den Kauf der Liegenschaft EZ 213 in Meidling und den Verkauf eines Ersatzgrundstückes in Liesing an das selbe Unternehmen. Das Grundstück wird für den Bau der U 6 benötigt, die Bezirkvertretung hat bereits ihre Zustimmung gegeben.

Man müsse den Ankauf dieses Grundstückes im Zusammenhang mit der Problematik Otto-Wagner-Brücke sehen, stellte GR. Dr. HAWLIK (öVP) fest. Nächste Woche werde eine Enquete zu diesem Thema stattfinden, und es sei sinnlos, dieses Grundstück vor der generellen Planung der U 6 anzukaufen. Außerdem wird es dadurch zu einer Präjudizierung der Enquete kommen. Seine Fraktion könne deshalb dem gestellten Antrag ihre Zustimmung nicht geben.

GR. Dr. SVOBODA (SPö) erklärte, die öVP nützte jede Gelegenheit, den Bau der U 6 zu verzögern. Er wundere sich, sagte Swoboda, daß der für Meidling zuständige öVP-Gemeinderat GLÜCK als starker Befürworter eines raschen Baues der U 6 nicht zu Wort gemeldet habe. Der Ankauf dieses Grundstückes sei in jeder Variante notwendig und müsse bald erfolgen, um möglichst schnell mit dem Bau der U 6 beginnen zu können.

"Wir sind dafür, möglichst viel von der Otto-Wagner-Brücke zu halten, die verkehrspolitische Bedeutung der U 6 darf dadurch aber nicht verloren gehen oder verzögert werden", stellte Swoboda abschließend fest.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Flächenwidmung Königlgberg

=++++

40 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPÖ) beantragte die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Elisabethallee, Klimtgasse, Fasangartengasse und Lainzer Straße im 13. Bezirk. Als städtebauliches Ziel nannte Tischler die Erhaltung des örtlichen Stadtbildes und der Grünräume.

GR. Mag. REGLER (ÖVP) urgierte zunächst die mangelnde Information der Bezirke - in diesem Fall des 13. - über Entscheidungen, die von großer Bedeutung für den Bezirk seien. Zum Antrag selbst sagte Regler, die ÖVP könne nicht zustimmen, da ein bis jetzt für "öffentliche Zwecke" gewidmetes Gebiet nun als Bauland ausgewiesen werden solle. Das gefährde den auf dem Areal befindlichen Kleingartenverein, der nun möglicherweise einer Wohnverbauung weichen müsse, anstatt zu bleiben, bis die Fläche für einen Schulbau benötigt werde.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) konterte, daß sämtliche Bezirk und sämtliche Fraktionen in den Bezirken die ihnen zustehenden Informationen erhalten. Die Widmung "öffentliche Zwecke" sei nur ein Zusatz zu der bereits bestehenden Baulandwidmung und werde in Zukunft wegfallen, da die Schule nicht benötigt werde. Der Kleingartenverein erhalte eine zehnjährige Verlängerung seines Bestandes zugesichert. Die zwiespältige Haltung der ÖVP neuen Wohnbauten gegenüber sei daran zu sehen, daß in Hietzing in den letzten Jahren rund 600 Wohnungen im Grünland gebaut wurden.

In einer zweiten Wortmeldung sagte GR. Mag. REGLER, die ÖZ-Widmung habe ihre Berechtigung, da ein Schulbau durch die Bevölkerungsentwicklung notwendig werden könnte. Die angesprochene Wohnverbauung in Hietzing habe unter dem sozialistischen Bezirksvorsteher GUTMANN SBAUER stattgefunden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Volkshochschule Brigittenau

=++++

41 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRA TSCH (SPö) stellte den ANTRAG, für den Ankauf des beweglichen Inventars für das Haus der Begegnung Brigittenau in der Raffaelgasse 11 - 13 7,55 Millionen Schilling zu genehmigen.

Der Grundsatzbeschluss für das Haus der Begegnung war nie umstritten, sagte GR. PROCHASKA (öVP). Es gebe hier jedoch eine eindeutige Bevorzugung von Vorfeldorganisationen der SPö und damit eine Parteisubvention aus Steuergeldern. Die Stadt Wien verkaufte zuerst die Häuser Raffaelgasse 11 und 13 an den Verband der Wiener Arbeiterheime, mietet sich dann - zu einem viermal so hohen Zins wie die SPö - in ihrem ehemaligen eigenen Häusern ein, renoviert sie und bezahlt die Einrichtung - dies zum Vorteil des Verbandes. Überdies verdient die SPö-nahe "Projektbau" an den Umbauarbeiten mit.

GR. LACINA (SPö) bezeichnete diese Vorwürfe als unwahr. Der Verband der Wiener Arbeiterheime hat das Haus Raffaelgasse 13 nicht gekauft, vermietet es nicht und profitiert auch nicht von den Renovierungsarbeiten. Das Haus gehört nach wie vor der Stadt Wien. Der Verband kaufte lediglich einen 351 Quadratmeter großen Grundstücksstreifen, der der Stadt Wien überlassen wird, um ihr einen Saalzubau zu ermöglichen. Das Haus Raffaelgasse 11 gehört dem Verband seit Jahrzehnten. Für den Verband bedeutet die Renovierung keinerlei Geschäft. Die Abwicklung der Umbauarbeiten liegt bei der MA 26. Auf die Auswahl der von ihr beauftragten Unternehmen nahm der Verband keinen Einfluß. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Volkshochschule Brigittenau

42 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR.PROCHASKA (ÖVP) stellte in einer zweiten Wortmeldung fest, daß die Volkspartei nicht gegen die Volkshochschule Brigittenau sei. Die Verteidigungslinie seines Vorredners GR.LACINA sei schon 1981 widerlegt worden. Er wolle eine klare Antwort auf die Frage, warum die SPÖ eine niedrigere Miete zahle, als das Haus der Begegnung.

GR. KNEIDINGER (SPÖ) stellte fest, daß die Volkspartei den Inhalt des Vertragswerkes nicht verstehen wolle. "Sie wollen uns Parteienfinanzierung unterstellen. Das ist nicht der Fall." Er finde es auch merkwürdig, daß keine Mandatäre der ÖVP-Brigittenau im Gemeinderat dazu Stellung nehmen. Auf Bezirksebene sei die ÖVP durchaus anderer Meinung.

GR. HILDEGARD WONDRATSCH (SPÖ) wies als Berichterstatterin nochmals darauf hin, wie wichtig und notwendig diese Kultur- und Bildungsstätte für den Bezirk sei. Und sie ersuche die ÖVP, im Interesse der Brigittenau nicht zu skandalisieren.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) fk/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Gleisanschluß General-Motors

=++++

43 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den Antrag das 15.800 Quadratmeter große Grundstück der Familie Rauch-Höphffner in Breitenlee zum Preis von 550 Schilling pro Quadratmeter zu erwerben. Auf diesem Grundstück wurde mit Zustimmung des Eigentümers das Anschlußgleis für das General-Motors-Werk errichtet.

GR. HAHN (ÖVP) betonte, daß dieses Geschäftsstück den Steuerzahler viel Geld kostet. In seiner ganzen politischen Laufbahn habe er eine solche Transaktion noch nicht erlebt. Der Akt wurde im Ausschuß mit SPÖ-Mehrheit beschlossen, im Stadtsenat mit SPÖ-Mehrheit beschlossen und unmittelbar vor einer Gemeinderatssitzung von der Tagesordnung abgesetzt. Der dafür zuständig gewesene frühere Stadtrat VELETA hat keine Aktennotiz hinterlassen, ob er sich um eine Preisreduzierung bemüht habe. Die Verantwortung liegt nicht bei der Volkspartei, auch wenn die Vertragspartei, RAUCH-HÖPHFFNER, ÖVP-Bürgermeister von Laxenburg sei. Es handelt sich um eine reine Bodenspekulation. "Zu einer Bodenspekulation gehören zwei, einer, der spekuliert, und einer der begünstigt". Rauch-Höphffner hat 1974 seinen Anteil um 200.000 Schilling das sind 30 Schilling pro Quadratmeter erworben. Bei dem jetzt ausgehandelten Vertrag hat er einen 20-fachen Gewinn. (Forts.)  
fk/ap

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Gleisanschluß General Motors

=++++

44 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Auf den Einwurf, daß er als ÖVP-Mandatar auf seinem Parteifreund hätte einwirken können, meinte GR. Hahn: "Wir vertreten die Wiener Steuerzahler und nicht den ÖVP-Bürgermeister von Laxenburg".

Die Gleisanlage hätte rechtzeitig anders verlegt werden können. Die Bundesbahn wäre dazu in der Lage gewesen, es wäre keine Produktionsunterbrechung bei General Motors nötig gewesen und dem Steuerzahler wären 4 Millionen erspart worden. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Gleisanschluß General Motors

=++++

45 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HIRNSCHALL erklärte, daß dieser Grundstücksverkauf sowohl einen wirtschaftlich-finanziellen als auch einen politischen Aspekt habe. Der Grundstückseigentümer war anscheinend von Anfang an nur auf einen möglichst großen Gewinn aus. Das sei ihm auf Grund der dilettantischen Vorgangsweise der Stadt Wien gelungen, die sich mit dem Bau des Anschlußgleises von Beginn der Verhandlungen an in seine Hand begeben habe. 550 Schilling pro Quadratmeter seien für landwirtschaftlich genutzte Flächen ein unverschämter Preis, sagte Hirnschall. Das Verhandlungsergebnis sei für die Stadt Wien unzumutbar. Außerdem werde dadurch ein Präzedenzfall für zukünftige Grundstücksankäufe in dieser Gegend geschaffen, wodurch der Stadt Wien ein schwer abschätzbarer Schaden entstünde.

Zur politischen Dimension vermutete Hirnschall, die Wiener ÖVP verfolge hier eine raffinierte Taktik, indem sie sich gegen die Welt der Zimpers, Ludwigs, Rauchwarters und Rauch-Höphffners abgrenze und damit selbst umso besser dastehe. Diese Taktik, die von der Mehrheitsfraktion unverständlicherweise leichtgemacht würde, sei wie ein "schwarzer Faden" zu verfolgen.

GR. DINHOF (SPÖ) nahm zur Frage der Immunität GR. Worms Stellung. Die rechtliche Situation, ob Worm dafür, was er vor seiner Tätigkeit als Abgeordneter getan hat, belangt werden könne, sei unklar, stellte Dinhof fest. Es wäre hier ein rechtliches Gutachten abzuwarten, daß seitens des Immunitätskollegiums angefordert wurde. Außerdem gebe es kein Auslieferungsbegehren, sondern nur eine Anfrage des Gerichts. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Gleisanschluß General-Motors

=++++

46 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) erklärte, es sei in diesem Fall nicht die Frage gewesen, wer der Verhandlungspartner sei und welcher Partei er angehöre. Am freien Markt sei nach langjährigen Verhandlungen ein beidseitig akzeptables Ergebnis zustande gekommen. Rauch-Höphffner habe zu Beginn der Verhandlungen 1.400 Schilling pro Quadratmeter und dann einen Grundstückstausch, der der Stadt Wien wesentlich teuer gekommen wäre als das jetzige Verhandlungsergebnis gefordert. Die 550 Schilling pro Quadratmeter sind ein angemessener Betrag, sagte Ing. Hofstetter, da es sich widmungsgemäß um Industriegebiet handelt. Auch bei vergangenen Grundstücksankäufen für General-Motors seien Preise in ähnlicher Höhe bezahlt worden. Ein Zurückziehen des Aktes würde der Gemeinde Wien noch mehr Geld kosten, da bisher für die Benützung des Grundstückes nicht bezahlt wurde. Im Interesse des GM-Werkes mit seinen 3.000 Arbeitsplätzen ist der Grundstücksankauf unbedingt notwendig, schloß Ing. Hofstetter. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: U-Bahn-Trasse Mariahilfer Straße

=++++

47 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Margarete TISCHLER (SPÖ) beantragte, die Trasse der U 3 im Abschnitt Westbahnhof - Volkstheater unter der Mariahilfer Straße zu genehmigen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) meinte, es sei zunächst ein kuriozes Faktum, daß die Trasse der U 3 im 1. Bezirk, wo mit dem Bau begonnen werden solle, noch nicht beschlossen sei. Die Trasse unter der Mariahilfer Straße erscheine ihm richtig, wenn man eine Reihe von Voraussetzungen befolge. Es müsse zügig gebaut werden, die Umleitungsstraßen müßten rechtzeitig saniert werden, Bauzeitpläne müßten rechtzeitig erstellt werden. Eine schonende Bauweise, die gesicherte Finanzierung und die sofortige Ausgestaltung der Straßenoberfläche nach Fertigstellung der jeweiligen Bauabschnitte sowie die Verbesserung der U-Bahn-Hilfe für die Geschäftsleute nannte Mayr als weitere Kriterien. Bis zum Bau der U-Bahn sollte die Wirtschaftsstruktur der Straße unter anderem durch die Ring-Rund-Führung der Linien "52" und "58" verbessert werden.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) erklärte, er finde die Trasse unter der Mariahilfer Straße sei eine gute Entscheidung. Die Wünsche von Dr. Mayr würden in Erfüllung gehen, sowie man schon bisher beim U-Bahn-Bau um diese Voraussetzungen bemüht gewesen sei. Zur Innenstadttrassierung sagte Riedler, daß bereits vorbereitende Arbeiten zur Festlegung der Strecke im Gange seien.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: "J"-Wagen-Schleife

=++++

48 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPö) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die Durchführung von baulichen Vorarbeiten für die U 3 um 109 Millionen auf 502 Millionen Schilling.

GR. STRATIL (öVP) kritisierte die vorgesehene Schleife der Straßenbahnlinie "J". Die Ottakringer öVP war - im Gegensatz zur SPö - immer für die Erhaltung der Straßenbahnlinie "J". Stratil trat für eine Ring-Rund-Führung der Linie "J" ein. Dies wäre kostengünstiger, umweltfreundlicher und demokratischer.

GR. OBLASSER (SPö) erklärte, daß wegen des U 3-Baues auf der Landstraße die Straßenbahnlinien "J" und "T" in diesem Bereich durch Autobusse ersetzt werden müssen. Nach Untersuchung mehrerer Varianten stellte sich heraus, daß für den westlichen Ast der Linie "J" der Bau einer Schleife in der Bösendorfer Straße die günstigste Lösung bildet. Dieser Vorschlag fand ursprünglich auch die Zustimmung der öVP. Erst später gab es eine Meinungsänderung. Als Ottakringer, betonte Oblasser, sei er froh über den Anschluß der Linie "J" an die U-Bahn. In der Bösendorfer Straße führen vor wenigen Jahren noch wesentlich mehr Straßenbahnlinien.

In seinem Schlußwort sagte GR. Ing. RIEDLER (SPö), die Idee, die Linie "J" auf Autobusbetrieb umzustellen, sei erst aufgekommen, nachdem die Bezirksvertretung der Josefstadt eine Beschleunigung dieser Straßenbahnlinie abgelehnt hatte. Als die Bezirksvertretung dann doch ihre Zustimmung gab, kehrte man zur Erhaltung der Straßenbahnlinie zurück.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Schlußwort

=++++

49 Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Vorsitzende des Gemeinderates GR. MAYERHOFER (SPö) zog eine kurze Bilanz der vier Tage dauernden Debatte. Die Berichterstatter und die Debattenredner haben sich aufrichtig bemüht, trotz oft gegenteiliger Meinung, gemeinsam Wien als liebenswerte Stadt schöner zu gestalten. GR. Mayerhofer verband seinen Dank an die Mitglieder des Gemeinderates und einen Dank an die vielen tausend Mitarbeiter der Stadt Wien.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 20.20 Uhr.  
(Schluß) fk/ap

Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 30.6. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidhalle des Wiener Rathauses.

NNN